



Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

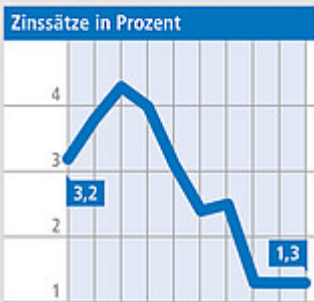
Zinsen | 30.10.2014 | Lesezeit 1 Min.

Ein gutes Geschäft

Für den Staat ist die Billigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unter dem Strich ein profitables Geschäft. Auch wenn die Bundesrepublik von Sparern Milliarden weniger an Abgeltungssteuer kassiert, so spart der Staat doch fast zehnmal so viel bei den Zinsen, die für Schulden fällig sind.

Sinkende Zinsen, weniger Steuern

Seit 2009 muss auf Erträge aus Zinsen sowie aus Kursgewinnen veräußerter Wertpapiere die sogenannte Abgeltungssteuer bezahlt werden. Für alle Kapitaleinkünfte gilt ein Steuersatz von 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer. Bis 2008 musste für Zinseinkünfte eine Zinsabschlagssteuer in Höhe von 30 Prozent an den Fiskus abgeführt werden.



2014 Aufkommen laut Steuerschätzung, Zinssätze 2014: Mittelwert Januar bis Juli; Zinssätze: Emissionsrenditen von Anleihen der öffentlichen Hand
Ursprungsdaten: BMI, Deutsche Bundesbank
© 2014 IW Medien · April 14
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Laut Bundesbank betrug der Zinssatz für Staatspapiere im Jahr 2007 – bevor die Eurokrise ausbrach – im Durchschnitt 4,3 Prozent, 2013 waren es nur noch 1,3 Prozent. Dadurch sparten Bund, Länder und Gemeinden allein 2013 Zinszahlungen von rund 37 Milliarden Euro, 25 Milliarden Euro entfielen dabei auf den Bundeshaushalt.

Was des einen Freud, ist jedoch des anderen Leid. Denn mit ihrer Strategie hat die EZB einen Kreislauf in Gang gebracht, der zu einem deutlichen Einbruch der Sparzinsen führte – sie haben sich in den vergangenen fünf Jahren mehr als halbiert.

Als Folge dieses Zinsschnitts plündern immer mehr Anleger ihre Sparkonten. Im Jahr 2013 hatten die privaten Haushalte 1.138 Milliarden Euro in Sparkbüchern, Geldmarktpapieren und langfristigen festverzinslichen Wertpapieren angelegt – satte 70 Milliarden Euro weniger als 2009.

Die geringeren Zinsen und die gesunkenen Kontostände haben dazu geführt, dass das Aufkommen aus der Abgeltungssteuer (Kasten) um fast 4 Milliarden Euro

zurückgegangen ist (Grafik).

Rechnet man die eingesparten Zinszahlungen des Staates dagegen, hat dieser 2013 immer noch ein Plus von 33 Milliarden Euro gemacht.

Für dieses Jahr prognostizieren die Steuerschätzer zwar ein weiteres Absinken des Aufkommens aus der Abgeltungssteuer auf 8,4 Milliarden Euro. Trotzdem dürfte der Staat auch 2014 unterm Strich 30 Milliarden Euro mehr in der Kasse haben als ohne Billigzinspolitik.

Steuern auf Zinsen

Bis Ende 2008 hat jede Bank von den Zinseinnahmen ihrer Kunden direkt 30 Prozent an den Fiskus abgeführt. Diese Quellensteuer wurde anschließend mit der Einkommenssteuer des Sparers verrechnet. Seit 2009 wird eine Abgeltungssteuer auf Zinsen und Veräußerungsgewinne erhoben. Der Steuersatz beträgt 25 Prozent. Im Gegensatz zu früher ist damit die Besteuerung grundsätzlich abgeschlossen, Kapitaleinkünfte müssen nicht mehr in der Steuererklärung angegeben werden. Zwischen 2008 und 2009 sind die Steuereinnahmen aus Zinseinkünften um rund 1 Milliarde Euro gesunken.

Kernaussagen in Kürze:

- Auch wenn die Bundesrepublik von Sparern Milliarden weniger an Abgeltungssteuer kassiert, so spart der Staat doch fast zehnmal so viel bei den Zinsen, die für Schulden fällig sind.
- Als Folge des Zinsschnittes der EZB plündern immer mehr Anleger ihre Sparkonten.
- Rechnet man die eingesparten Zinszahlungen des Staates gegen die verringerten Einnahmen durch die Abgeltungssteuer, hat dieser 2013 immer noch ein Plus von 33 Milliarden Euro gemacht.